

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mark, bei Vorbestellung 10 Wochen 16,00 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Fortrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Nr. 109 - 83 Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend 10. Mai 1924

Die Katastrophe im Bergbau.

Es brennt wieder einmal an allen Ecken in Deutschland. Streiks und Streikdrohungen, Ausperrungen und Aussperrungsdrohungen allüberall. Und nun liegen von Hamm bis Duisburg alle Zechen still. In Mitteldeutschland brodet es in der Metallindustrie, in Sachsen sind die Bergleute ausgesperrt, im Westen selbst sind durch den Ausfall der Kohlenproduktion auch die anderen Industrien bedroht. Auch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist es unter der Arbeiterschaft noch immer nicht zur Ruhe gekommen, scheint der Ausbruch neuer Streiks bevorzusehen.

Die Ursache ist überall dieselbe: der Kampf um die Arbeitszeit.

Vor einigen Tagen hatte der Reichsarbeitsminister selbst in Hamm einen Schiedsspruch zwischen den Arbeitgebern und -nehmern des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus gefällt, wonach den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 15 % pro Schicht bewilligt werden sollte. Damit hat der Bergarbeiter einen Lohn erreicht, der mit 620 Mark für den Häuer den Friedensmaximallohn überschreitet, worauf von der Arbeitgeberseite hingewiesen wird. Von den Arbeitern wird das bestritten. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Preisstand für alle Lebensnotwendigkeiten den Friedenspreis jedenfalls stark übertrifft. Der Schiedsspruch hatte die Entscheidung gefällt, daß die Arbeitszeit von 8 bzw. 8 1/2 Stunden (mit Ein- und Abfahrt), wie sie durch das Arbeitszeitabkommen bis zum 30. April eingeführt war, nun auch künftig in beibehalten werden sollte. Bei den Arbeitern „vor Tag“ sollte eine Arbeitszeit von 10 Stunden statthaben.

Dieser Schiedsspruch war vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt und vom Zechenverband angenommen worden. Auf der Arbeiterseite aber hat man trotz der Verbindlichkeitsklärung die Ausfahrt nach lebenslänglicher Arbeitszeit erzwungen, was von den Arbeitgebern dann mit einer allgemeinen Aussperrung beantwortet worden ist. Diese stehen auf dem Standpunkt, daß die Wiedereinstellung der verkürzten Arbeitszeit unter und vor Tag zu einem Produktionsausfall von etwa 30 % führen würde, was angesichts der Lasten, die ihnen durch die Micumverträge auferlegt sind, zur Katastrophe führen müßte. Die Gewerkschaften haben aber den Hammer Schiedsspruch abgelehnt, obwohl er nach der Schlichtungsordnung verbindlich ist. Die Folgen dieses Streiks oder dieser Aussperrung, die Deutschland täglich etwa 9 Millionen Mark kostet, machen sich schon dahin geltend, daß die Gasfernleitung der Stadt Münster verlegt ist.

Aber noch nach anderer Richtung hin wird sich dieser Arbeitskampf bemerkbar machen. Die neuen Micumverträge vom 12. April haben den Anteil an der Kohlenförderung, den die Franzosen bisher erhielten, umgewandelt in eine bestimmte Menge von Kohlen, die sie zu erhalten haben, die prozentuale also in eine absolute Lieferungsleistung abgeändert. Tritt eine Differenz ein, so hat der Betrieb einfach nachzuliefern. Demgemäß hat die Micum auch schon gedroht, daß sie unbedingt, ohne Rücksicht auf den Streik, auf Anlieferung der mit ihr vereinbarten Menge bestche, gegebenenfalls sogar dazu übergehen werde, weitere Zechen in Regiebetrieb zu nehmen oder Kohlenlager zu beschlagnahmen.

Die Lage ist also außerordentlich bedrohlich, nicht bloß innen wirtschaftlich, sondern darüber hinaus auch politisch. Man glaubt in Bergarbeiterkreisen, daß der Zechenverband von vornherein den Kampf wollte und deshalb, wie von dem Gewerkschaftsverband der Christlichen Bergarbeiter mitgeteilt wird, nicht erst vom Dienstag abend die Aussperrung beschlossen habe als Antwort auf die ablehnende Haltung der Bergarbeiterverbände, sondern daß bereits am Montag auf zahlreiche Zechen diese Aussperrung erfolgt ist, ehe diese Ablehnung durch die Arbeiter beschlossen wurde. Die Schuld treffe also die Unternehmer.

Das ganze ist eine Katastrophe schlimmster Art, wie sie wieder über unser armes Deutschland hereinbricht, und mag der Kampf auslaufen wie er will — er hinterläßt auf beiden Seiten tiefe Wunden. Das Internationale Gewerkschaftsbüroau betrachtet diesen Kampf als eine grundsätzliche Auseinandersetzung in der Frage der Arbeitszeit und will die deutschen Arbeiter unterstützen. Wir Deutschen sind anscheinend immer so töricht und dazu da, uns irgendwelcher „Grundsätze“ wegen die Köpfe einzuschlagen, während die andern draußen das „mit großer Spannung verfolgen“. Wenn weniger „Grundsätze“, aber mehr praktischer Sinn für die Wirklichkeit vorhanden wäre, dann wäre Deutschland schon viel weiter.

350 000 Bergleute ausgesperrt

Täglich 8—9 Millionen Goldmark Verlust.
Aus Düsseldorf: Der Streik der Bergleute hat sich auf 350 000 Bergleute ausgedehnt. Die Zahl der von der Generalaussperrung betroffenen Arbeiter im Ruhrgebiet auf 350 000 geschätzt. Wie gemeldet wird, fand in Gelsenkirchen eine Konferenz der separatistischen und syndikalistischen Betriebsräte und Vertrauensmänner statt. Diese Gruppe arbeitet nach den Richtlinien ihres Führers Mattes, der sich seit einigen Tagen im Ruhrgebiet aufhält und den großen Wirtschaftskampf für seine separatistischen Bestrebungen ausnützt. Einzelnen Beleg-

Vorbedingung zur Auslandsanleihe: Keine Sanktionen

London, 9. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, auf Grund von Sendierungen aus Washington und New Yorker Sachverständigen- und Finanzkreisen verläuft, daß alle Meinungsverschiedenheiten in der Frage der „Sanktionen“ unter den Alliierten im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan wahrscheinlich durch die Haltung des maßgeblichen Geldmannes auf dem amerikanischen Geldmarkt erledigt werden würden. Dieser nehme noch bestimmter als die Londoner Cito den Standpunkt ein, daß die Stellungnahme der amerikanischen und anderen Sachverständigen, die gegen eine vorzeitige Ausarbeitung von Sanktionen seien, streng respektiert werden müßte, damit eine derartige Maßnahme nicht den Erfolg der vorgeschlagenen Anleihe von 40 Millionen Pfund beeinträchtigt. In britischen Kreisen mache sich ein ähnliches Bestreben geltend mit der Begründung, daß es gefährlich sein würde, für eine rein hypothetische Lage 5, 10 oder 15 Jahre voraus Gesetze zu machen. Es werde auch bestritten, daß amerikanische Finanzkreise den größten Nachdruck auf die vollständige wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes in Abereinstimmung mit dem Dawes-Bericht als Vorbedingung für die Anleihe legen. Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes werde vor dem nächsten Januar behandelt werden müssen. Bis dahin werde sich England zu entscheiden haben, ob der Kölner Präsidentenpost von seiner gegenwärtigen Garnison geräumt werden solle oder nicht.

Zusammenkunft Macdonald—Poincare am 20. Mai.

Paris, 9. Mai. Der „Eclair“ erfährt aus offizieller Quelle, daß eine Zusammenkunft zwischen Macdonald und Poincare zwischen dem 20. und 25. Mai, wahrscheinlich aber am 20. Mai, in Boulogne stattfindet.

Neuer Frankensurz

Paris, 9. Mai. Das plötzliche Anziehen der ausländischen Devisenkurse wird in der Presse lebhaft besprochen. Das Pfund Sterling wurde vorgestern mit 66,93 notiert, gestern nach Börsenschluß wurden 7,20 geboten. Die Presse erklärt in dem neuen Sturz des Franken ein Manöver der Banken in Amsterdam und Zürich.

Verhandlungen über den Rahmentarif im Ruhrbergbau.

Bochum, 9. Mai. Der in Hamm zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarung entsprechend, werden die Verhandlungen über den Rahmentarif im Ruhrbergbau am Freitag vormittag in Essen beginnen. Es handelt sich hierbei um Beratungen zwischen den Zechenverbänden und den vier Bergarbeiterorganisationen, die ohne Mitwirkung der Schlichtungsbehörde stattfinden. Aus der Sachlage ergibt sich, daß dabei auch die übrigen Streitfragen zur Diskussion stehen werden. Es ist anzunehmen, daß man bemüht sein wird, eine Regelung der strittigen Punkte herbeizuführen.

Massenversammlungen der Streikenden.

Essen, 9. Mai. Im Ruhrgebiet fanden am Donnerstag etwa 300 Massenversammlungen der Belegschaften der einzelnen Schichtanlagen statt. In diesen Versammlungen wurde die kommunistische Generaltreiparole abgelehnt. Der Schieds-

spruch des Reichsarbeitsministers über das Arbeitszeitabkommen wurde für unannehmbar erklärt.

Die Franzosen sind versorgt.

Paris, 9. Mai. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten gibt bekannt, daß die Aussperrung in keiner Weise die Interessen der französischen Industrie in Mitleidenschaft ziehe, namentlich sei die Versorgung mit Koks sichergestellt. Es ist ermöglicht worden, für die französischen Fabriken mehr als 250 000 Tonnen aufzulapeln, andererseits sind diese Vorräte sehr reich vermehrt worden, so daß mehr als 85 Züge mit 60 000 Tonnen Koks gegenwärtig an der französischen Grenze festliegen. Die Lage in der französischen Industrie sieht daher in keiner Weise bedrohlich aus.

Die kommunistische Demonstration in Halle verboten.

Halle, 9. Mai. Der Regierungspräsident von Merseburg hat der von der kommunistischen Partei aus Anlaß der am 11. Mai stattfindenden Weihe eines Volkedenkmals in Halle nachträglich auf demselben Tag angeforderten Massenversammlung unter diesem Himmel die Genehmigung verweigert.

Douglas kehrt nach Paris zurück.

Paris, 9. Mai. Die Nachricht von dem Scheitern der französisch-rumänischen Verhandlungen zum Abschluß eines Bündnisses scheinen verfrüht zu sein. Es verlautet in Paris, daß der rumänische Außenminister Douglas nach der Abreise des rumänischen Herrscherpaares aus der Schweiz nach Paris zurückkehren werde, um die Verhandlungen mit Poincare wieder aufzunehmen. Es heißt in Paris, daß die Frage des gegenseitigen Versprechens zu Schutz der Grenzen aus dem Vertrag ausgeschlossen werde. Der Text des Bündnisses wird vor seiner Unterzeichnung dem Völkerverbande unterbreitet werden.

Vor einem Ultimatum der Liberalen.

London, 9. Mai. Bei Beratungen, die das Komitee des Unterhauses über das Micumgesetz abgehalten hat, kam es gestern zu erregten Auseinandersetzungen, da die konservative Partei ferigehet Obstruktion betreibt und zwar deswegen, weil die Regierung sich über ihre Absichten offiziell nicht äußern will. Man spricht wiederholt von einem neuen Ultimatum der Liberalen an die Regierung. Auf alle Fälle ist die Lage der Regierung schlechter geworden und die kommende Woche kann bedeutende Entscheidungen bringen.

Ein politisches Attentat in Japan

Tokio, 9. Mai. Gegen einen Eisenbahnzug, in dem der Führer der Opposition Takahashi Platz genommen hatte, ist ein Attentat verübt worden. Der Zug entgleiste, vier Personen wurden getötet, eine Reihe von Reisenden trugen schwere Verletzungen davon.

Die cubanische Revolution unterdrückt.

New York, 9. Mai. Die Regierung von Havanna gibt bekannt, daß die kubanische Revolution unterdrückt ist, nachdem die Führer sich ergeben haben.

mittlung gebeten. Eine Fühlungnahme zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem zuständigen Referenten des Ministeriums auf der einen Seite mit den Beauftragten des Zechenverbandes und der einzelnen Gewerkschaften hat in Berlin stattgefunden. Vertreter der Bergarbeiter sind in Berlin angekommen.

Schließung der staatlichen Zechen.

Dem Vernehmen nach hat der preussische Handelsminister dem fünfprozentigen Lohnzuschlag der Bergarbeiter zugestimmt. Gleichzeitig hat er aber erklärt, daß er, insbesondere auch mit Rücksicht auf die durch die Micumverträge geschaffene Lage, an dem Achtstundentag festhalten müsse. Da die Bergarbeiter bei ihrer ablehnenden Haltung verblieben, wurden die Tore der staatlichen Zechen geschlossen. Den Arbeitern, die auf die achtstündige Arbeit nicht eingehen wollten, wurde erklärt, daß sie entlassen seien.

Stellungnahme der Besatzungsmächte.

Der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, General Degoutte, war in Brüssel, um mit der belgischen Regierung die Maßnahmen zu besprechen, die sich aus der Lage im Ruhrgebiet ergeben. Die französisch-belgischen Besatzungsbehörden bezw. die Micum hätten angeblich das unbedingte Interesse, die laufenden Reparationslieferungen sicherzustellen. Sie würden zu diesem Zweck gegebenenfalls neue Zechen in eigene Regie übernehmen. Es wird dabei erwogen, die Generalaussperrung und den Generaltreik zu verbieten. Der Betrieb würde auf der Grundlage der bisherigen Lohn- und Arbeitszeitregelung fortgeführt werden. Es sollen die sieben Stunden unter Tage beibehalten werden.